

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Stadt)

22. Sitzung

04.11.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

22. Sitzung

am 4. November 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Wessels)
Herr Meyer)
Frau Bauer) von der Senatorin für Finanzen
Herr Fehren)
Frau Oberdörfer)

| | | |
|----------------------|---|--|
| Frau Sokol | | Präsidentin des Rechnungshofs |
| Herr Meyer-Stender |) | |
| Herr Dr. Brockmüller |) | vom Rechnungshof |
| Frau Otten |) | |
| Herr Rauscher |) | von der Senatorin für Soziales, Jugend, |
| Herr Kahn |) | Frauen, Integration und Sport |
| Herr Zeyfang |) | |
| Herr Lockfeldt | | vom Senator für Justiz und Verfassung |
| Herr Riesenberg |) | von der Senatorin für Wissenschaft, |
| Herr Garbade |) | Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Herr Schmid |) | |
| Herr Runge | | vom Senator für Umwelt, Bau und Ver- kehr |
| Herr Radtke | | vom Gesamtpersonalrat Bremen |
| Herr Hünig | | BSAG |
| Herr Flottan | | Wirtschaftsförderung Bremen |
| Herr Löffler | | von der Bürgerschaftskanzlei/ als Ausschussreferent |

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzverwaltung den Tagesordnungspunkt III. 4.8 (Neustrukturierung des Stadtamtes) zurückgezogen hat.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 15. Sitzung vom 31. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. Protokoll der 16. Sitzung vom 1. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

3. Protokoll der 20. Sitzung vom 19. August 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 20. Sitzung vom 19. August 2016.

4. Protokoll der 21. Sitzung vom 16. September 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2016

- Vorlage Drs. 19/333 S -

- Dieser Bericht ist von der Stadtbürgerschaft federführend an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an

**die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen worden -
dazu: Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft**

Herr Hünig erläutert bezugnehmend auf die Vorlage den wesentlichen Inhalt des Kontraktes zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG. Ergänzend weist er darauf hin, dass die vorzeitige Verhandlung eines neuen Kontraktes notwendig sei, um dem Sicherheitsbedürfnis der die Neubeschaffung der Straßenbahnen finanzierenden Banken zu entsprechen. Der von der BSAG zu finanzierende Eigenanteil betrage nach jetziger Schätzung rund 6 Millionen € p.a.. Erbracht werden solle dieser Eigenanteil i.H.v. 2,5 Millionen € durch eine Verbesserung der Effizienz der Leistungserbringung bei der BSAG, zu der auch eine zeitweilige Abkoppelung der Personalkosten von der allgemeinen Tarifentwicklung gehören könne. Damit tragen auch die Mitarbeiter einen nicht unerheblichen Anteil zu Neubeschaffung der Straßenbahnen bei. Ein weiterer Betrag i.H.v. 3,5 Millionen € könne durch eine Optimierung des Angebotes, der Qualitätskriterien sowie die Steigerung der Beförderungserträge erbracht werden. Primäres Ziel dieser Maßnahmen sei zunächst eine Steigerung der Beförderungszahlen. Unabhängig davon seien aber auch überproportionale Tarifsteigerungen zu Erbringung des Eigenanteils nicht ausgeschlossen.

Abg. Herr Eckhoff weist darauf hin, dass die Laufzeit des Kontraktes mit 22,5 Jahren deutlich unter dem Finanzierungszeitraum für die Neubeschaffung der Straßenbahnen mit über 50 Jahren liege. Auch sei aus seiner Sicht zweifelhaft, ob die neu zu beschaffenden Straßenbahn bei einer solch langen Finanzierungslaufzeit mit dem Ende ihrer Lebensdauer abfinanziert seien. Er möchte wissen, ob diese Aspekte bei der Verhandlung des Kontraktes berücksichtigt wurden.

Abg. Herr Rupp fragt ergänzend, ob die alten Straßenbahnen des Typs GT8N bereits bezahlt oder ob für diese Fahrzeuge noch Finanzierungsbeträge offen seien. Auch möchte er wissen, welche durchschnittliche Lebensdauer die neu zu beschaffenden Fahrzeuge aufweisen. Da er nicht davon ausgehe, dass diese Lebensdauer bei ca. 50 Jahren liege stelle sich für ihn die Frage, ob hier nicht Finanzierungsprobleme auf zukünftige Generationen abgewälzt werden. Im Grundsatz müsse doch der Zeitraum der

Abfinanzierung der neu zu beschaffenden Fahrzeuge an deren Lebensdauer ausgerichtet werden.

Herr Hünig antwortet, die neu zu beschaffenden Straßenbahnen sollen nach derzeitiger Planung - unter Berücksichtigung einer jährlichen Laufleistung von circa 70.000 km - eine Lebensdauer von ca. 30 Jahren aufweisen. Ob die damit entstehende zeitliche Differenz zwischen Lebens- und Finanzierungsdauer der Fahrzeuge Gegenstand der Beratungen in den Arbeitsgremien waren, wisse er nicht. Gleiches gelte für die Fragestellung, ob die Finanzierungsverpflichtungen bezüglich der alten Straßenbahnen des Typs GT8N bereits abschließend getilgt seien. Er werde diese Fragestellungen im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) beantworten.

Abg. Herr Eckhoff schlägt vor, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Beantwortung der noch offenen Fragen auszusetzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zur Beantwortung der noch offenen Fragestellungen aus.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 16. September 2016 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Auftragsliste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen,

die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

**2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/263 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den beantragten Fristverlängerungen zu.

3. Sonstiges

**3.1 Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zwischen dem 22. und 24. Februar 2017
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016
hier: Festlegung eines Termins für die Sondersitzung**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, am Freitag, dem 24. Februar 2017 um 14.30 Uhr eine Sondersitzung zur Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 durchzuführen.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

**1.1 Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Errichtung von Kindertagesstätten bis zum 31.12.2019
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 1.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/285 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Errichtung von Kindertagesstätten bis zum 31. Dezember 2019 zu. Anstelle der in

den genannten Punkten beschriebenen Verfahren werden folgende Ausnahmen eingeführt:

- Bei Neubau sowie Sanierungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Wert unter dem Schwellenwert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird auf die Vorlage einer EW-Bau verzichtet. In diesem Fall ist die erweiterte ES-Bau gem. Lph. (3) HOAI zu erstellen.
- Bei Neubaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Schwellenwert über dem Wert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird zusätzlich zur ES-Bau die Erstellung einer EW-Bau gefordert. In diesem Fall ist die ES-Bau für Neubauten als Vorentwurf gem. Lph. (2) HOAI zu erstellen.

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2016 (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/261 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2016 zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der vorgeschlagenen Verwendung der zentral im Haushalt 2016 eingestellten Vorsorgemittel im Personal- und Sachhaushalt in Höhe von 5,2 Mio. € zur Deckung der Mehrausgaben durch den TVÖD Abschluss 2016/2017 zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

2.2 1. Bericht Sozialleistungen Januar bis Juni 2016 einschließlich Hochschätzung (Stand Mai/Juni 2016) 2. Aufhebung von Sperrern im Haushalt der Sozialleistungen

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/262 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen Januar bis Juni 2016 einschließlich der Hochschätzung (Stand Mai/Juni 2016) zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU die Aufhebung der Sperren bei

0408/681 90-1 „Globale Mehrausgaben UMA“ i.H.v. 7,8 Mio.€

0411/681 90-4 „Globale Mehrausgaben Asyl/Flüchtlinge“ i.H.v. 31,1 Mio.€

3417/681 90-5 „Globale Mehrausgaben Asyl/Flüchtlinge“ i.H.v. 67,2 Mio.€

3434/681 90-0 „Globale Mehrausgaben UMA“ i.H.v. 64,2 Mio.€

3434/681 91-9 „Globale Mehrausgaben UMA“ i.H.v. 28,7 Mio.€

3472/681 09-4 „Kommunale Mehrausgaben durch Zugänge von Flüchtlingen (Risikovorsorge)“ i.H.v. 2,5 Mio.€

2.3 Haushaltsüberschreitungen 2015

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/264 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Vorlage zur Kenntnis.

2.4 Flüchtlingsbezogene Bundesentlastungen aufgrund der Verständigungen zwischen Bund und Ländern vom 24. September 2015, 16. Juni 2016 und 7. Juli 2016

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.5 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/265 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.5, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig, die Umsatzsteuer-Entlastungen aufgrund der Vereinbarung vom 24. September 2015 in Höhe von rd. 64,9 Mio. € in 2016 im Verhältnis 80:20 zur Reduzierung der flüchtlingsbedingten Kreditaufnahme aus dem Landeshaushalt an die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weiterzuleiten.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.5, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig zu, die Deckung der Weiterleitungsbeträge aus der Vereinbarung vom 24. September 2015 (abzüglich der über den KFA erfolgenden Weiterleitung und der bereits veranschlagten Sonderzuweisung von rd. 1,012 Mio. € für Bremerhaven) in Höhe von rd. 9,796 Mio. € für Bremerhaven und rd. 43,349 Mio. € für Bremen für 2016 durch nicht veranschlagte Steuermehreinnahmen sowie Mehreinnahmen aus der Spitzabrechnung für den Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. August 2016 vorzunehmen.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.5, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig, die aufgrund der Vereinbarung vom 7. Juli 2016 erwarteten Entlastungen aus der Integrationspauschale in Höhe von rd. 21,0 Mio. € jährlich für 2016 und 2017 aus dem Landeshaushalt zur Reduzierung der flüchtlingsbedingten Kreditaufnahme vollständig an die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven im Verhältnis 80:20 weiterzuleiten.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort

Tagesordnungspunkt III. 2.5, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig zu, die Deckung der Weiterleitungsbeträge aus der Integrationspauschale (abzüglich der über den KFA erfolgenden Weiterleitung) in Höhe von jeweils rd. 14,019 Mio. € an die Stadtgemeinde Bremen und rd. 3,495 Mio. € an die Stadtgemeinde Bremerhaven in den Jahren 2016/2017 aus nicht veranschlagten Steuermehreinnahmen vorzunehmen.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.5, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen für den Fall, dass für die Deckung der Weiterleitungsbeträge aus den Steuermehreinnahmen und der Integrationspauschale sowie der Spitzabrechnung für den Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. August 2016 an die Stadtgemeinde Bremen keine ausreichenden Mittel zum Jahresende 2016 zur Verfügung stehen, die nicht abdeckbaren Beträge im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2018/2019 zu berücksichtigen.

**2.5 Bedarfsplanung zur Unterbringung von Flüchtlingen und die sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen
Darstellung von Abmietungen von Objekten und ggf. deren Zweitnutzung
hier: Berichtsbitten lfd. Nr.70 und 75 der Auftragsliste
- Vorlage 19/266 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Bedarfsplanung zur Unterbringung von Flüchtlingen und die sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen sowie die Darstellung Abmietungen von Objekten und ggf. deren Zweitnutzung zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss sieht die Berichtsaufträge Nr. 70 und Nr. 75 als erledigt an.

2.6 - entfällt -

**2.7 Berichtsauftrag: Bäderschließung im Spätsommer
- Vorlage 19/268 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zur Schließung der Bäder im Spätsommer zur Kenntnis.

**2.8 City- und Stadtteilmarketing und -management; Evaluierung 2016
hier: Berichtsbitte lfd. Nr.50 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.6 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/269 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.6, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Kenntnis.

**2.9 Zentrales Finanzcontrolling Januar – September 2016
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.7 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/270 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.7, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Monatsbericht Januar bis September 2016 des Zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.7, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der FDP und DIE LINKE zu, dass nicht benötigte Personalausgaben zur Deckung der flüchtlingsbezogenen Personalausgaben eingesetzt werden, um den als Ausnahmetatbestand zu meldenden Betrag für flüchtlingsbezogene Leistungen zu reduzieren.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.7, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, nach haushaltstechnischer Umsetzung eine konkrete Liste der vorgenommenen Mittelverlagerungen vorzulegen.

2.10 Projekt „Bio aus der Region – vom Land auf den Tisch“ – Einrichtung einer drittmittelfinanzierten Koordinierungsstelle - Vorlage 19/271 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP der Einrichtung einer drittmittelfinanzierten halben Stelle mit 0,5 VZE für die Durchführung des Projektes „Bio aus der Region - vom Land auf den Tisch“ zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen um die haushaltmäßige Umsetzung.

2.13 Berichtsbitte der CDU-Fraktion zur Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen bei Performa Nord (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.11 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/286 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.11, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Kenntnis.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

- keine Vorlagen -

- 4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**
- 4.1 Konzentration der Neonatologie Level 1 und 2 im KBM durch Aufstockung des Eltern-Kind-Zentrums (ELKI) und des Teilersatzneubaus
hier: Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6.000.000 € sowie 14.000.000 €
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/272 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Nachbewilligung für Sanierungsmaßnahmen bei der Hochschule für Künste in Höhe von 500 Tsd. € bei der Haushaltsstelle 0270/894 60-7, An die Hochschule für Künste für Fassadensanierung Speicher XI und Dechanatstraße, für die Abdeckung einer valutierenden Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe zu.

- 4.2 Produktgruppe 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen
Hst. 3687/884 10-7, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV)
hier: Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 693.000 €
- Vorlage 19/273 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3687/884 10-7, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV) in Höhe von 0,693 Mio. € zu Lasten 2017 (0,632 Mio. €), 2018 (0,051 Mio. €) 2019 (0,005 Mio. €) 2020 (0,005 Mio. €).

**4.3 IT-Finanzierung 2016 aus IT-Poolmitteln
hier: Sperrenaufhebung und Nachbewilligung aufgrund von Mehr-
bedarfen bei der Migration von Fachverfahren aus dem IT-Pool
(Land und Stadtgemeinde Bremen)
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.6 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschus-
ses)
- Vorlage 19/274 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.6, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Aufhebung der Sperre im Produktplan 96 „IT-Budget der FHB“ in Höhe von insgesamt 1.542.824 Euro (Hst. 0950/539 96-8, „IT-Pool“, 3950/539 96-7 „IT-Pool“) zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.6, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den beantragten Nachbewilligungen gemäß Anlage 1 im Produktplan 96 „IT-Budget der FHB“ in Höhe von insgesamt 1.542.824 Euro, davon 50.000 Euro im Landeshaushalt und 1.492.824 Euro im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen, durch Einsparung der entsperreten Mittel zu und bittet die Senatorin für Finanzen, die haushaltmäßige Umsetzung in 2016 vorzunehmen.

**4.4 Produktgruppe 97.99.03 Immobilien Bremen, AöR
Hst. 3987/532 59-8, An Immobilien Bremen (AöR), zentrale Finan-
zierung der Gebäudereinigung
hier: Nachbewilligung in Höhe von 117.393 €
- Vorlage 19/275 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt der beantragten Nachbewilligung in Höhe von insgesamt 117.393,05 € bei der Hst. 3987/532 59-8 mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die

Linke gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Hst. 3210/517 93-5 in entsprechender Höhe.

**4.5 Ausbau der Breitbandinfrastruktur
hier: Markterkundungsverfahren und Beratungsleistungen
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.8 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)**

- Vorlage 19/276 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.8, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig gem. Anlage I der VV zu § 55 LHO der Vergabe eines Markterkundungsverfahrens sowie von Beratungsleistungen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Höhe von 90 Tsd. € zu.

**4.7 Fortsetzung von Maßnahmen aus dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.9 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)**

- Vorlage 19/287 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.9, wurde dieser Tagesordnungspunkt von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

4.8 Neustrukturierung des Stadtamts

- Vorlage 19/267 S -

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Jugendberufsagentur (JBA) (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/277 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der FDP und DIE LINKE der Nachbewilligung der Mittel in Höhe von insgesamt 895.360 € aus zentralen Personalmitteln des Produktplans 92 in die Haushalte der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie für den Magistrat Bremerhaven zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Gewerbeflächenfonds / SV Gewerbeflächen Stadt Gewerbepark Hansalinie: Restliche Erschließung Baustufe 2 / Planungskosten Baustufe 3 hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 6.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/278 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 6.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der restlichen Erschließung der 2. Baustufe und der Planung der Erschließung der 3. Baustufe des Gewerbeparks

Hansalinie sowie der Beauftragung von Machbarkeitsstudien zur Verbesserung der verkehrlichen Anbindung mit Gesamtkosten in Höhe von 13.023.000 € auf der Grundlage der in der Vorlage aufgezeigten Finanzierung zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 6.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig dem als Anlage 1 beigefügten Antrag auf Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3708/884 35-8, „An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen“, in Höhe von 697.300 € mit Abdeckung in 2019 zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 6.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Finanzierung eines Teilbetrages von zusammen 1.000.000 € in den Jahren 2017 und 2018 aus Eigenmitteln des Sondervermögens zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 6.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den als Anlage 4 beigefügten Sachstandsbericht zur Entwicklung des Gewerbeparks Hansalinie Bremen 2016 zur Kenntnis.

6.2 Sanierung Liegenschaft Elsflether Straße für ein Flüchtlingsheim - Vorlage 19/279 S -

Abg. Herr Liess möchte wissen, wofür die beantragten Mittel konkret aufgewendet werden sollen.

Herr Schneider antwortet, das Finanzressort müsse zur Beantwortung dieser Fragestellung Rücksprache im Ressort halten.

Abg. Herr Eckhoff merkt an, dass nach seiner Auffassung bei dieser Vorlage, die die Sanierung der Liegenschaft Elsflether Straße für ein Flüchtlingsheim zum Gegenstand habe, eine Beteiligung der Fachdeputation zwingend erforderlich sei. Er

könne der Vorlage nicht entnehmen, dass eine solche Beteiligung stattgefunden habe und regt deshalb an, diese Vorlage zunächst der Fachdeputation zur Entscheidung vorzulegen. Bis dahin sollte die Beratung dieses Tagesordnungspunktes ausgesetzt werden

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt zur Klärung der noch offenen Fragestellungen darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

(Ende des öffentlichen Teils um 17.17 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender